

**SCHWEIZER**
**FREISINN**
**Gemeinsam weiterkommen.**
**Renteninitiative  
unterschreiben!**
**Schub für 5G**

Der Mobilfunkstandard 5G hat es in der Schweiz noch schwer, der Ausbau verläuft schleppend. Die FDP und insbesondere Ständerat Hans Wicki und Nationalrat Christian Wasserfallen engagieren sich für mehr Tempo.

Seiten 6 und 7

**Freihandel mit Indonesien**

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien hat Pioniercharakter, da für den Export von Palmöl Nachhaltigkeitsziele vereinbart wurden. Sowohl die FDP wie auch die Jungfreisinnigen setzen sich für ein Ja am 7. März ein.

Seiten 12 und 16

**Karin Keller-Sutter sagt Ja zur E-ID**

Die FDP-Bundesrätin kämpft für die E-ID, über die am 7. März abgestimmt wird. Im Interview zeigt sie auf, wie der Datenschutz gewährleistet ist und was die Vorteile der Public-Private-Partnerschaft sind. Für Karin Keller-Sutter ist klar, dass das Technologieland Schweiz die E-ID braucht, um eine digitale Identifikation zu ermöglichen.

Seiten 18 und 19

**Digitale DV in Bern**


Delegierte sagen Ja zum Covid-19-Gesetz und Nein zu den beiden Agrarinitiativen.

Seiten 20 und 21


**Plattform für Taten**
**FDP lanciert Blueprints.ch**

Taten statt Worte! Das ist das Credo der neuen Plattform Blueprints.ch. Ab sofort hält die FDP alle Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik fest. Dies nicht nur auf eidgenössischer, sondern auch auf kantonaler und kommunaler Ebene. Im Hinblick auf die Abstimmung am 13. Juni über das CO<sub>2</sub>-Gesetz, das die FDP als erste Partei unterstützt hat, bietet Blueprints.ch eine umfassende Übersicht über die freisinnige Umweltpolitik.

Seiten 4 und 5

# Inhalt

- 3 Update zur Enkelstrategie
- 4/5 Blueprints:  
Wir halten unsere Taten fest
- 6/7 5G braucht mehr Schub
- 8 RADIGAL: Ehe für alle auf Kurs
- 9 FDP International  
fühlt den Puls
- 10 FDP Stäfa legt sich für  
die Renteninitiative ins Zeug
- 11 Initiative zur Einführung  
der Individualbesteuerung  
ist bereit
- 12 Jungfreisinnige sagen Ja  
zum Indonesien-Abkommen
- 13 Mathias Bellwald ist  
neuer Stadtpräsident in Brig
- 14 Vorschau auf  
die Frühlingssession
- 15 FDP Urban mit neuem Elan
- 16 Freihandelsabkommen  
mit Indonesien  
hat Pioniercharakter
- 17 Andrea Caroni  
zur Burkainitiative
- 18/19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter  
im Interview
- 20/21 Digitale DV in Bern
- 22 Gastbeitrag von Philipp Eng
- 23 Vermischtes



## Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise dauert nun bereits fast ein Jahr. Damit wir endlich aus der Krise herauskommen, sind nun drei Dinge wichtig:

**1. Schützen:** Wir müssen das Ansteckungsniveau und die Ansteckungsdynamik tief halten. Dies erreichen wir, indem wir uns alle nochmals einen Ruck geben und die Verhaltens- und Hygieneregeln einhalten. Im Gegenzug ist der Bundesrat in der Pflicht, dass er die richtigen Verhaltensanreize setzt.

**2. Entschädigen:** Diejenigen Unternehmen, die ihren Betrieb aufgrund der Entscheide des Bundesrates schliessen mussten, müssen die Soforthilfe nun schnell ausbezahlt erhalten. Nur so kann unsere Wirtschaft diese Krise meistern, und die Arbeitsplätze können gesichert werden.

**3. Impfen:** Das einzige Mittel, das wir haben, um das Virus zu stoppen, ist der Impfstoff. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die sich impfen lassen wollen, dies so schnell wie möglich tun können. So erreichen wir bis im Sommer die Herdenimmunität und können endlich zur Normalität zurückkehren. Dabei sind die Risikogruppen und das Gesundheitspersonal natürlich prioritär zu behandeln.

## Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen

Die akute Krisenbekämpfung ist wichtig. Es ist aber auch unsere Pflicht, jetzt damit zu beginnen, die Weichen für die Zeit nach dieser Krise richtig

zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne haben wir Blueprints.ch lanciert. Lesen Sie mehr dazu auf den in unserem Schwerpunkt.

## Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Unserer gebeutelten Wirtschaft können wir auch auf zusätzlichen Wegen helfen: Wir können ihr mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, neue Wachstumsimpulse geben. Mit einem Ja zum E-ID Gesetz können wir den Standort Schweiz stärken und die Digitalisierung vorantreiben. Und mit einem Nein zur Burka-Initiative verhindern wir, dass unsere bereits stark gebeutelte Tourismusbranche nicht mit illiberalen Kleidervorschriften noch weiteren Schaden erleidet. Informieren Sie sich in der aktuellen Ausgabe im Detail über die Abstimmungsvorlagen und gehen Sie im Anschluss an die Urne. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser neuen Freisinn-Ausgabe!

Ihre Petra Gössi  
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz





# Enkeltaugliche Politik ist nötiger denn je

Erfolgsmodell Schweiz muss jetzt verteidigt werden

Es ist leider ein Fakt, dass wir die Nachwirkungen der Corona-Krise noch viele Jahre respektive Jahrzehnte spüren werden. Umso mehr ist für die FDP klar: Es ist inakzeptabel, nötige Massnahmen und Reformen auf die lange Bank zu schieben – denn das ginge zulasten der zukünftigen Generationen. Im Rahmen der «Enkelstrategie» verfolgt die FDP in der nächsten Zeit verschiedene Projekte, um sicherzustellen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einer Schweiz leben können, in der sie sich frei entfalten können und wo Leistung sich lohnt.

Obwohl wir gegenwärtig schwierige Zeiten durchleben, dürfen wir behaupten: Die Schweiz ist insgesamt solide aufgestellt und hat gute Chancen, die Covid-Pandemie und ihre Folgen zu bewältigen. Das ist nicht selbstverständlich. Doch Fakt ist auch: Wir werden die Folgen der Pandemie noch lange spüren. Schon nur weil uns der Schuldenabbau noch Jahre beschäftigen wird und viele Branchen Zeit brauchen werden, um die Verluste wettzumachen. Aber auch aufgrund der Spätfolgen für die Gesellschaft, die noch kaum abzuschätzen sind.

Ungeachtet dessen wittern linke Parteien Morgenluft und wollen diese Krise als Türöffner für

überholte Ideologien und einen langfristigen Ausbau des Sozialstaats missbrauchen. Damit werden direkt jene Errungenschaften attackiert, die das Erfolgsmodell Schweiz erst ermöglichten. Das dürfen wir Freisinnigen nicht zulassen. Wir müssen jetzt die Grundlagen schaffen, um aus dieser Krise zu lernen und dafür zu sorgen, dass das vorausschauende Denken und Handeln in Zukunft gestärkt werden kann.

## Welches Erbe wollen wir hinterlassen?

Wir haben heute die Freiheit, unser Leben selbst in die Hand zu nehmen. Doch diese Freiheit bedingt

«Wir müssen jetzt die Grundlagen schaffen, um aus dieser Krise zu lernen und dafür zu sorgen, dass das vorausschauende Denken und Handeln in Zukunft gestärkt werden kann.»

auch Verantwortung – sowohl heute gegenüber unseren Mitmenschen als auch für die Nachwelt. Es ist eine liberale Überzeugung, dass unsere Nachkommen ebenso ein Recht auf ein freies, eigenverantwortliches Leben mit guten Perspektiven haben wie wir in der Gegenwart. Daher dürfen wir auch in der akuten Phase der Krise die längerfristige Zukunft nicht aus den Augen verlieren.

Dazu brauchen wir Lösungen mit Weitsicht – für unsere Sozial- und Vorsorgewerke genauso wie für die Umwelt und den Werkplatz Schweiz. Nur mit einer solide ausfinanzierten Altersvorsorge, nur mit möglichst intakten Lebensgrundlagen und nur mit einer starken Wirtschaft schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass auch unsere Kinder und Enkel sich frei entfalten können.

## Arbeit an der Enkelstrategie geht weiter

Im Rahmen der Enkelstrategie arbeitet die FDP daher an mehreren Projekten, die wir längerfristig weiterverfolgen wollen, um diesen Anliegen gerecht zu werden. Mit der umfangreichen Mitgliederkonsultation im vergangenen Herbst haben wir einen ersten Meilenstein abgeschlossen. Momentan werden nun – auch auf der Basis der Resultate aus der Mitgliederkonsultation – Forderungen und Aktionen für die verschiedenen Themenbereiche ausgearbeitet. Diese Projekte werden wir dann im Verlaufe dieses Jahres Schritt für Schritt lancieren und kommunizieren. Sie werden unterschiedlich aussehen, aber alle werden eines gemeinsam haben: Sie zielen darauf ab, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder – trotz der aktuellen Krise – noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können.

**Fanny Noghero**  
Generalsekretärin FDP.Die Liberalen



# Folge der blauen Linie

Neue Plattform Blueprints.ch

Reden ist Silber, Handeln ist Gold: Die FDP lanciert eine einzigartige Plattform, die eine Bestandsaufnahme aller Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik aufzeigt. Auch werden dort KMU hervorgehoben, die innovative Lösungen punkto Nachhaltigkeit entwickeln. Denn für die FDP gehen Wirtschaft und Ökologie Hand in Hand und wir folgen unserer blauen Linie, einem Symbol für Fortschritt und Innovation. Die Website [www.blueprints.ch](http://www.blueprints.ch) listet aktuelle und künftige Nachhaltigkeits-Projekte auf, die von der FDP initiiert wurden. Per Newsletter informieren wir regelmässig und zielgruppengerecht über die neuesten Entwicklungen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Umwelt- und Klimaprobleme gehen alle an und stellen eine grosse Herausforderung für die Zukunft der kommenden Generationen dar. Die FDP setzt sich seit Jahren auf allen Ebenen dafür ein, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Le-

bensgrundlage zu hinterlassen. Daher sind wir davon überzeugt, dass Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Wirtschaft und Ökologie gehen Hand in Hand und führen so zum Ziel einer klimaneutralen Schweiz. In diesem Sinne wurde Blueprints.ch lanciert. Die

Plattform beinhaltet die Auflistung vergangener und künftiger Aktionen in der Umwelt- und Klimapolitik (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) sowie innovative Projekte von KMU zugunsten der Umwelt.

## Blick ins Jahr 1986

Blueprints.ch befasst sich selbstverständlich mit zahlreichen aktuellen Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik, blickt aber ebenfalls in die Vergangenheit. Der Gang ins Archiv brachte dabei interessante Erkenntnisse. So zum Beispiel das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz», das von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1986 verabschiedet wurde. In fein säuberlicher Schreibmaschinenschrift hält das Papier fest: «Umweltbelastungen sind möglichst an der Quelle zu vermeiden, oder, falls dies nicht möglich ist, zu minimieren. Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen.» Der Auszug zeigt, dass das umweltpolitische Engagement der FDP weit zurückreicht und älter ist als die meisten Sektionen von Parteien mit «Grün» im Namen.





## Mithilfe von Kantonal- und Ortsparteien

Selbstverständlich sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Unter Blueprints.ch sind alle umweltpolitischen Vorstösse der FDP aufgelistet. Damit die Plattform eine breite Wirkung entfaltet, braucht es aber auch das Engagement der Kantonal- und Ortsparteien. Wir freuen uns über Projekte aus der Vergangenheit, Vorstösse von heute und Pläne für die Umweltpolitik der Zukunft, die in FDP-Sektionen entwickelt wurden. All dies kann an die E-Mail-Adresse [info@blueprints.ch](mailto:info@blueprints.ch) gesendet werden und wird danach auf Blueprints.ch aufgeschaltet. Der vielfältige Einsatz, den die FDP in der Umwelt- und Klimapolitik leistet, soll damit sichtbar gemacht werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung über das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz am 13. Juni von Bedeutung.

## Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Um die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren, haben wir als erste Partei die Ja-Parole für das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz gefasst. Die Schweiz wie auch die FDP haben sich im Sommer 2019 zu netto null bis 2050 verpflichtet. Die FDP ist überzeugt, dass neben den richtigen politischen Rahmenbedingungen in erster Linie Innovation und Fortschritt der Schlüssel zur Begrenzung von Klima- und Umweltschäden sind. Nur so können der Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Darum ist es umso wichtiger, der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz unser Engagement und Handeln klar zu kommunizieren. «Blaue Lösungen» versprechen Innovationen und bieten Perspektiven für alle.





## Mehr Tempo für 5G

Notwendiges Engagement für die Zukunft

Die Schweiz ist beim Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Standard in Verzug geraten. Die FDP hat das Problem erkannt und fordert mit einer Motion mehr Einsatz vom Bundesrat. Nationalrat Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki zeigen auf, weshalb die Schweiz auf 5G angewiesen ist.

Mobilfunk ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones hat dazu geführt, dass sich die mobil übertragene Datenmenge derzeit alle 18 Monate verdoppelt. Grund dafür ist die intensivere Nutzung von Smartphone-Anwendungen, insbesondere im Videobereich. Für diese Entwicklung ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz unabdingbar. Der Mobilfunkstandard 4G kann diese Anforderungen künftig nicht mehr erfüllen, deshalb ist die Weiterentwicklung 5G die richtige Lösung. Mit 5G werden die Netze leistungsstärker, ermöglichen eine schnellere Datenübertragung und Anwendungsmöglichkeiten, die momentan noch gar nicht umsetzbar sind – zum Beispiel im Bereich autonomer Fahrzeuge.

### Bundesrat befürwortet FDP-Motion

Im Vergleich mit dem Ausland hinkt der 5G-Ausbau in der Schweiz hinterher und wird in manchen

kantonalen Parlamenten regelrecht bekämpft. Diese Entwicklung ist gefährlich, da ohne flächendeckendes 5G dem Technologie- und Wirtschaftsstandort Schweiz Nachteile drohen. Die FDP hat dieses Problem erkannt und im Mai 2020 eine Fraktionsmotion eingereicht, die vom Bund mehr Engagement bei der Einführung von 5G fordert. Dabei sei das Ziel anzustreben, dass es den Anbietern bis 2024 möglich ist, ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunkgeneration sachgerecht informieren.

Als Sprecher der Motion fungiert der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der sich seit längerem für ein zeitgemässes Mobilfunknetz einsetzt. Für ihn ist klar: «5G ist aufgrund der hohen Bandbreite und der vorzüglichen Echtzeitdatenübertragung für Anwendungen in den Bereichen

autonome Fahrzeuge, Drohnen, industrielle High-Tech-Produktion, Gesundheit und E-Health, Smart Farming usw. künftig unabdingbar.» Positiv sei auch die Energieeffizienz. Pro übertragenes Datenpaket braucht 5G 90 Prozent weniger Energie. Da das 5G-Netz mit intelligenten Antennen die Geräte direkt ansteuert, können Streustrahlungen vermieden werden. Wasserfallen betont zudem, dass mit der Kommunikation wissenschaftlicher Fakten Bedenken aus dem Weg geräumt werden können: «Es ist wichtig, dass wir vermitteln, dass 5G eine Weiterentwicklung der 3G- und 4G-Technologie ist. Zudem braucht es praktische Anwendungen aus der Realität, um den Nutzen von 5G zu demonstrieren.» Letzten August hat der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wann sie ins Parlament kommt, ist noch offen.

### Wichtig für ländliche Regionen

Neben der FDP-liberalen Fraktion im Parlament setzt sich auch CHANCE5G für ein ausgebautes 5G-Netz ein. Die Trägerschaft ist breit abgestützt und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Co-Präsident von CHANCE5G ist der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki. Für ihn kann der Nutzen von 5G nicht hoch genug eingestuft werden: «Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt. Es ist aber genauso



Plädoyer für eine faktenbasierte Diskussion

## «Daten-Highways sind unverzichtbar»

Der Thurgauer Manfred Spiegel blickt auf eine langjährige Karriere im Telekom-Bereich zurück und ist heute Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident der itsbusiness AG in Bern. Der überzeugte Liberale und ehemalige Präsident der FDP Bischofszell engagiert sich in der Trägerschaft CHANCE5G für die Weiterentwicklung des Schweizer Mobilfunknetzes und erklärt im Interview, weshalb es beim 5G-Ausbau mehr Tempo braucht.

### Weshalb engagieren Sie sich in der Trägerschaft von CHANCE5G?

Das hat mit meinem beruflichen Hintergrund zu tun. Ich bin Hochfrequenz-Ingenieur, habe in führenden Positionen in der Telekom-Branche gearbeitet und war direkt verantwortlich, als die SBB ein eigenes Mobilnetz aufbauten. Da mich Mobilnetze in meinen Tätigkeiten immer wieder begleitet haben, weiss ich, wie wichtig es ist, dass sie stetig weiterentwickelt werden. Unsere Volkswirtschaft stützt sich auch bei der Digitalisierung darauf ab. Im Sinne des gesunden Menschenverstandes die Chancen und Risiken abzuwägen, ist mir dabei ein besonderes Anliegen.

**Was bringt 5G der Schweiz?** Erfolgreiche Märkte haben sich schon immer an gut erschlossenen Verkehrswegen orientiert: Daten-Highways auf Basis der modernen und sicheren 5G-Technologie sind deshalb für unsere Schweiz unverzichtbar. Der Mobilfunkstandard 5G ist in erster Linie ein gewichtiger Standortvorteil, mit dem neue Geschäftsmodelle sowohl für Anbieter wie auch für Nutzer der Netze möglich sind.

**Wie profitieren Privatpersonen?** Bei einer guten Abdeckung ist die Mobilfunknutzung praktisch überall in hoher Geschwindigkeit auch beispielsweise im Zug möglich. Trotz höherer Datenvolumen ergibt sich mit der 5G-Technologie kumuliert eine geringere Strahlung. Man kann so über-

all arbeiten und auf benötigte Informationen zugreifen.

### Der 5G-Ausbau in der Schweiz verläuft schleppend. Wie konnte das passieren?

Ursprünglich war die Schweiz in einer führenden Position. Leider konnten wir diese nicht halten. Die Meinung, dass 4G für immer ausreicht, ist weit verbreitet. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man meint, höhere Datengeschwindigkeiten würden auch eine höhere Strahlenbelastung mit sich bringen, was nicht der Fall ist. Auf jeden Fall wurde der Nutzen viel zu wenig in der Debatte aufgezeigt. Zudem polarisiert die Thematik in zunehmendem Masse.

**Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen?** Wir als Nutzer von 5G haben uns zu wenig in die Thematik eingebracht. Deshalb ist ein unbegründeter Abwehrmechanismus gegenüber 5G entstanden. Ich denke jedoch, dass vor allem bezüglich der Auswirkungen von 5G Aufklärungsbedarf besteht. Beispielsweise hat das WLAN, das fast jeder zu Hause hat, eine höhere Leistung in unmittelbarer Nähe des Menschen, als es mit 5G der Fall ist.

**Was muss jetzt passieren?** Für die Aufrüstung der Mobilfunkmasten sind zahlreiche Baugesuche hängig. Die Behörden tun sich schwer damit. Die Gesuche deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil es mancherorts Widerstand gibt, finde ich



5G führt kumuliert zu weniger Strahlung.

nicht zielführend. Grundsätzlich muss die Politik wieder Signale aussenden, dass man das Thema 5G faktenbasiert angeht, dazu den Dialog sucht und dann zeitnah entscheidet. Nur so sorgen wir für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

### Bis wann rechnen Sie mit einem flächendeckenden 5G-Netz in der Schweiz?

Wenn man tatsächlich vorwärtskommen darf, kann es schnell gehen. Insbesondere die Aufrüstung bestehender Standorte ist kein grosser Aufwand. Zeitintensiver sind neu zu erschliessende Standorte. Momentan geht es deutlich zu langsam. Umso wichtiger ist es, dass der faktenbasierte Dialog und die Aufklärung anstelle von Mutmassungen im Fokus von Entscheidungen liegen. Wenn das gelingt, bin ich überzeugt, dass wir die vielfältigen Chancen von 5G erfolgreich zum Nutzen für die Schweiz zum Tragen bringen können.

**Interview: Marco Wölfli**



Mobilfunk braucht ein starkes Netz.

wichtig, dass der Schweizer Bevölkerung der immense Wert von stabilen und modernen Mobilfunknetzen bewusst ist – das zeigt sich gerade auch in der aktuellen Krise, gilt aber auch darüber hinaus. Wir dürfen diese kritische, systemrelevante Basisinfrastruktur nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und sollten möglichst zeitnah auf 5G ausbauen. Nur so wird ein leistungsfähiger Mobilfunk in der ganzen Schweiz sichergestellt, und Datenstaus werden verhindert.

Um dies zu erreichen, braucht es dringend bessere nationale Rahmenbedingungen, auf die unsere Fraktionsmotion abzielt, und eine Deblo-

ckierung des Ausbaus in den Kantonen.» Wie die FDP stellt auch CHANCE5G deutliche Forderungen an den Bundesrat. Die Gruppierung lancierte Ende 2020 eine Petition, die bessere Rahmenbedingungen für den 5G-Ausbau fordert. Zudem verlangt die Petition vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Mobilfunkstandard der neuesten Generation. Die breite Unterstützung für die Technologie der Zukunft zeigt, dass Handlungsbedarf besteht und das Engagement der FDP weiterhin nötig ist.

**Marco Wölfli**



# «Ehe für alle» endlich auf der Zielgeraden

## Historischer Entscheid nach langem Kampf

Das Schweizer Parlament hat am 18. Dezember mit grosser Mehrheit der «Ehe für alle» zugestimmt. Neu sollen auch Ehen zwischen zwei Personen des gleichen Geschlechts geschlossen werden dürfen. Zudem wird der Zugang zum Adoptionsverfahren und die Samenspende für Frauenpaare ermöglicht. Damit hat das Schweizer Parlament für die längst überfällige Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Paaren gesorgt.

Homosexualität ist in der Schweiz gesellschaftlich anerkannt und homo- und bisexuelle Menschen sind gesetzlich geschützt. Trotzdem sind gleichgeschlechtlich liebende Menschen in unserem Land nicht gleichgestellt. Durch den Ausschluss von der Eheschliessung bleiben ihnen wichtige Rechte und Pflichten verwehrt. Dies führt zu einer weniger guten gesetzlichen Absicherung gleichgeschlechtlicher Paare und ihrer Kinder.

### National- und Ständerat für ein Ja

Um diesem Umstand Abhilfe zu schaffen, wurde 2013 von der GLP eine parlamentarische Initiative eingereicht. Nach sieben Jahren haben sich am 18. Dezember 2020 sowohl der National- wie auch der Ständerat dafür ausgesprochen. Auch die grosse Mehrheit der FDP-Fraktion hat den Beschluss mitgetragen, was uns sehr freut. Zwei

Komitees aus konservativen Kreisen haben dagegen das Referendum ergriffen. Sollte dieses Referendum erfolgreich sein, wird das Schweizer Stimmvolk darüber befinden können.

### Wir stellen uns dem Abstimmungskampf

RADIGAL hat sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen Schweiz intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt und stand Nationalrätinnen und Nationalräten wie auch Ständerätinnen und Ständeräten während des parlamentarischen Prozesses beratend zur Seite. RADIGAL hat sich von Beginn weg für die «Ehe für alle» ausgesprochen. Mit dieser Vorlage erreichen wir die längst notwendige Gleichstellung und einen wichtigen Schritt in Richtung der vollständigen Akzeptanz in Gesellschaft und Arbeitswelt. Entsprechend werden wir uns aktiv in den Abstimmungskampf einbringen.



Jill Nussbaumer ist neu im RADIGAL-Vorstand.

### Vorstand hat sich neu konstituiert

An der letzten Mitgliederversammlung, welche ausnahmsweise digital durchgeführt wurde, durften wir ein neues Vorstandsmitglied wählen. Michael Lindenmann ist leider aus beruflichen Gründen aus dem Vorstand von RADIGAL ausgetreten. Seine Aufgabe als Kommunikationsverantwortlicher wird neu Jill Nussbaumer übernehmen. Jill wohnt in Cham im Kanton Zug, ist Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz und arbeitet als Business Analyst. Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit. Bei Michael Lindenmann bedanken wir uns für seine grossartige Arbeit.

**Marco Baumann**  
Präsident RADIGAL

### Wer ist RADIGAL?

RADIGAL setzt sich als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Wir haben uns die vollständige Integration von LGBTI in Gesellschaft, Politik und Recht zum Ziel gesetzt. RADIGAL ist der Ansprechpartner der FDP und der Jungfreisinnigen für Fragen rund um das Thema LGBTI.

Weitere Informationen, Positionspapiere und eine Imagebroschüre auf Deutsch und Französisch finden sich auf unserer neuen Website [www.radigal.ch](http://www.radigal.ch).



# Hier drückt der Schuh

FDP International führt Mitgliederumfrage durch

Welche Themen soll die FDP International prioritär behandeln? Und welches sind die Erwartungen der Mitglieder an den Vorstand? Das wollten wir in einer Umfrage Ende 2020 von unseren Mitgliedern in 32 Ländern rund um den Globus wissen.

Die Mitglieder der FDP International äusserten sich zu einer breiten Auswahl von Themen:

**E-Voting:** Über 150 000 Bürgerinnen und Bürger im Ausland sind in den jeweiligen Stimmregistern eingetragen, können aber oftmals nicht an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen, weil die Unterlagen per Post zu spät oder gar nicht eintreffen. Umso mehr freut es uns, dass auf eine Anfrage unseres Vorstandsmitglieds, NR Damien Cottier, der Bundesrat einen neuen und ambitionierten Fahrplan zur Einführung des E-Votings vorgestellt hat. Wir nehmen ihn beim Wort!

**Bankkonto:** Schwierig gestalten sich Verhandlungen mit Schweizer Banken. Wir respektieren den Grundsatz der Vertragsfreiheit, suchen aber intensiv nach kreativen Lösungen, um wenigstens eine Grundversorgung mit Konto und Zahlungsverkehr zu sichern.

**Sozialversicherungen/Altersvorsorge:** Je nach Wohnort – EU oder Nicht-EU – ist die Ausgangslage unterschiedlich, und die Fragen sind komplex. In enger Zusammenarbeit mit der Auslandschweizerorganisation analysieren wir die Bedürfnisse und entwickeln Lösungsvorschläge. Unsere direkten Kontakte ins Parlament helfen dann, diese auch politisch durchzubringen.

**E-Government:** Da Digitalisierung ein Kernanliegen der FDP ist, sollten wir zusammen mit der Mutterpartei in diesem Bereich Fortschritte erzielen. Ein erster unerlässlicher Baustein ist die Einführung der E-ID, die hoffentlich am 5. März angenommen wird.

**Das liberale Banner hochhalten:** Dieser Auftrag gilt für die ganze Partei! Unser Beitrag muss es sein, aus externer Sicht auf die Bedeutung von Vorlagen für die 5. Schweiz hinzuweisen sowie die besonderen Erfahrungen aus dem Ausland in den politischen Diskurs einfließen zu lassen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Rahmenabkommen, Forschungsabkommen, Freihandelsabkommen und die Landesflughäfen als Tore zur Welt.



Helen Freiermuth

«E-Voting zum Ersten, Zweiten und Dritten. Gerade während Covid-19 trafen alle Unterlagen massiv verspätet ein – so konnte zu wichtigen Themen nicht abgestimmt werden.»

Alex Kaiser, Australien

Diese Mitgliederbefragung hat uns bestärkt in unserer Absicht, den direkten Dialog künftig zu pflegen, nicht zuletzt in Form von virtuellen Mitgliedertreffen. Erstmals hat die FDP International zu einem virtuellen Neujahrsapéro geladen. In der angeregten Runde diskutierten Parteipräsidentin Petra Gössi und Nationalrätin Isabelle Moret als Gäste mit. Es kamen unerwartete Ideen zur Sprache, wie zum Beispiel die Möglichkeit für Mitglieder im Ausland, in Fachkommissionen der FDP mitzuwirken – und prompt wurden an der PPK vom 5. Februar fünf Mitglieder aus unseren Reihen gewählt. Weitere Treffen sind geplant, nebst Sessionsrückblicken auch ein eigentliches Gipfeltreffen mit einem spannenden Gast. Die FDP International wird sichtbarer; das enorme Potenzial an Erfahrungen und Know-how der Mitglieder im Ausland soll nicht länger brachliegen.

Helen Freiermuth, Präsidentin

«Ich wünsche, dass sich die FDP International im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzt, dass die Lebensbescheinigung für die AHV elektronisch eingereicht werden kann. Das würde vielen Auslandschweizerinnen und -schweizern den teilweise mühsamen Weg aufs Konsulat ersparen.»

Reto Derungs, Dominikanische Republik



# Indonesien-Abkommen ist unabdingbar

## Chance für nachhaltige Palmölproduktion

Für die Jungfreisinnigen Schweiz ist klar, dass das Freihandelsabkommen mit Indonesien zahlreiche Vorteile bietet. Dank der Verpflichtung nachhaltiges Palmöl zu fördern, werden erstmals Umweltziele in einem Freihandelsabkommen verankert.

Anlässlich der Delegiertenversammlung Ende Januar haben die Delegierten der Jungfreisinnigen Schweiz ihre Ja-Parole zum Freihandelsabkommen mit Indonesien gefasst. Die Abstimmung fiel fast einstimmig aus. Am virtuellen Podium nahm unter anderem die Präsidentin der Juso Schweiz teil. Die Jungsozialisten setzen sich zusammen mit den Jungen Grünen und weiteren Organisationen bedauerlicherweise gegen dieses fortschrittliche und wichtige Freihandelsabkommen ein. Ihr Hauptargument: Das Abkommen würde den Palmölimport fördern und somit die Umweltzerstörung und den Klimawandel weiter vorantreiben. Auf seiner Webseite schreibt das Referendums-

komitee: «Wir verstehen unter Nachhaltigkeit, dass soziale Sicherheit und faire Arbeitsbedingungen gewährleistet werden, dass die Umwelt und insbesondere der Regenwald geschützt und dem Boden und den Menschen Sorge getragen wird.» Zugegeben: Wir kennen die Bilder von abgeholzten Regenwäldern und vertriebenen Orang-Utans aus Indonesien. Doch genau deshalb braucht es dieses Abkommen! Es bekämpft den Status quo vor Ort. Im Abkommen verpflichten sich die Vertragspartnerinnen, die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zu unterstützen und zu fördern. Einschliesslich des Ziels: «Ökologische Nachhaltigkeit auf nationaler,

regionaler und globaler Ebene zu erreichen». Wie soll das gehen? Kontrollen und Sanktionen werden über eine Verordnung des Bundesrates umgesetzt. Diese regelt die konkreten Bedingungen für die Einfuhr von nachhaltig produziertem Palmöl. Das ausführliche Nachhaltigkeitskapitel im Abkommen enthält Regeln, die völkerrechtlich verbindlich sind. Für die Überwachung der Einhaltung aller Nachhaltigkeitsbestimmungen ist der «Gemischte Ausschuss» zuständig. Eine Falschdeklaration von nicht nachhaltig produziertem Palmöl kann beim Import mit Bussen (gemäss Zollgesetz) geahndet werden.

### Schweiz ist kleiner Abnehmer von Palmöl

Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Liechtenstein und Island) und Indonesien bedroht, entgegen der Meinung der Gegner, die einheimische Landwirtschaft nicht. Die Schweiz importierte 2019 weniger als zwei Frachtcontainer Palmöl aus Indonesien. Damit nimmt die Schweiz gerade mal 0,0001 Prozent der gesamten indonesischen Palmölexporte ab. Die weltweiten Palmölimporte der Schweiz werden sich mit dem Abkommen nicht erhöhen. Sie haben seit 2015 um etwa 25 Prozent abgenommen. Bundespräsident Parmelin erinnerte kürzlich daran, dass bisher kein anderes Freihandelsabkommen solch ausführliche Bestimmungen kennt. Selbst der WWF plädiert anstelle eines Palmöl-Boikotts für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit im Palmölsektor. Die Palmölproduktion ist ein äusserst wichtiger Wirtschaftszweig Indonesiens. Sie hat zwischen 2000 und 2016 zirka 1,3 Millionen Menschen aus der Armut befreit und stellt für zahlreiche indonesische Kleinbauern eine wichtige Einkommensquelle dar. Rund 40 Prozent der Produktion wird von ihnen geerntet. Palmöl ist zudem schwer substituierbar, da es besondere chemische Eigenschaften besitzt (es wird fest bei Raumtemperatur und ist geschmacksneutral).

Gibt es Alternativen zu diesem Abkommen? Nein. Palmölimporte wird es weiterhin geben. Wichtig zu wissen: Wir stimmen nicht über ein Importverbot ab. Zudem wäre ein Nein am 7. März ein harter Rückschlag für die Bemühungen von Umweltschutzverbänden und Firmen, welche versuchen, die Situation vor Ort langfristig zu verbessern. Diese negative Signalwirkung wäre nicht zu unterschätzen. Das Abkommen löst nicht alle Probleme, aber es setzt ein Zeichen für mehr nachhaltigen Handel. Bei einem Nein hingegen wäre der Ruf der Schweiz als vertrauenswürdige Handelspartnerin beschädigt. Das können wir nicht zulassen. Ein Ja ist das einzig richtige Signal – sowohl für den Handel als auch für die Nachhaltigkeit.

**Sven Gaberthüel**  
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz



Erste Volksinitiative der FDP Frauen Schweiz

## Individualbesteuerung: Jetzt!

Die FDP Frauen lancieren erstmals in ihrer Geschichte eine eigene Volksinitiative: zur Einführung der Individualbesteuerung in der Schweiz. Sie ist unser liberaler Beitrag zum 50-Jahr-Jubiläum des Frauenstimm- und Wahlrechtes in diesem Jahr. Der Sammelstart erfolgt am 9. März 2021.

Die FDP Frauen wollen den Frauen den Weg ins Erwerbsleben ebnen. «Das aktuelle Steuersystem ist ein Hindernis für das berufliche Engagement der Frauen», sagt die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, Susanne Vincenz-Stauffacher. «Es ist Zeit, dass wir dies ändern.» Denn die viel beklagte Heiratsstrafe setzt in finanzieller Hinsicht negative Anreize für die Erwerbstätigkeit der Frauen.

### Heutiges System schafft Fehlanreiz

Im heutigen Steuersystem werden Ehepaare gemeinsam besteuert. Wenn beide Partner arbeiten, steigt das eheliche Einkommen – das Paar rutscht in eine höhere Progressionsstufe und muss überproportional mehr Steuern bezahlen. Bei einer Familie, welche ihre Kinder extern betreuen lässt, fallen noch zusätzliche Kosten an. Die Konsequenz: Finanziell lohnt es sich für das Elternpaar kaum, dass beide einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Das führt dazu, dass vorwiegend Frauen sich

entweder ganz aus dem Arbeitsleben zurückziehen oder nur mit tiefen Penssen erwerbstätig sind.

### Inländisches Arbeitsmarktpotenzial nutzen

Es kann nicht sein, dass das Arbeitsmarktpotenzial der gut ausgebildeten Frauen in der Schweiz aufgrund negativer finanzieller Anreize nicht ausgeschöpft werden kann. Mit der Individualbesteuerung würden stattdessen Anreize geschaffen, dass der zweite Partner – zumeist die Frau nach der Geburt des Kindes – wieder ins Erwerbsleben einsteigt. Das würde auch den Fachkräftemangel lindern. Gemäss Studien dürften bis zu 60 000 Vollzeitstellen neu besetzt werden können, denn für rund 300 000 Frauen – respektive für jede siebte berufstätige Frau – würde es sich lohnen, ihr Pensum um 20 Prozent zu erhöhen.

### 15 Jahre altes FDP-Anliegen

Mitte Oktober hat die Geschäftsleitung der FDP

Frauen Schweiz ihre Pläne für die Volksinitiative der Öffentlichkeit vorgestellt. Obwohl bereits vor 15 Jahren eine entsprechende Motion der FDP-Fraktion in beiden Räten angenommen wurde, hat der Bundesrat seither keine weiteren Schritte unternommen.

FDP-Nationalrätin Christa Markwalder forcierte das Thema 2019 mit einer weiteren Motion erneut. Diese beauftragte den Bundesrat, dem Parlament rasch und unter Einbezug der Kantone einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher einen Systemwechsel von der Ehepaar- und Familienbesteuerung zur zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung vorsieht. Der Bundesrat nahm zwar Stellung zur Motion, dennoch blieb bisher die Behandlung in den Räten aus.

### Symbolträchtiges Lancierungsjahr

Doch 15 Jahre warten sind genug. 2021 ist es 50 Jahre her, dass die Frauen das Stimm- und Wahlrecht erhalten haben – dieses symbolträchtige Ereignis ist deshalb der Moment für diesen wichtigen Schritt zu mehr Gleichstellung. Gemeinsam mit einer überparteilichen Allianz gehen die FDP Frauen auf die Strasse, um Unterschriften für diese Initiative zu sammeln – wir freuen uns, auch auf Ihre Unterstützung zählen zu können!

**Barbara Freiburghaus, Präsidentin**  
Verein Individualbesteuerung Schweiz

## Eidgenössische Volksinitiative Einführung der zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung

Zeit für eine Veränderung – endlich!

### für mehr Fairness

Die Individualbesteuerung beruht auf dem verfassungsmässigen Prinzip der Besteuerung aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – auch unabhängig des Zivilstands.

### gegen die Heiratsstrafe

Das heutige Steuersystem führt dazu, dass gemeinsam besteuerte Paare finanziell bestraft werden, wenn beide einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Individualbesteuerung löst dieses Problem.

### Chancengleichheit schaffen

Die Individualbesteuerung wird den verschiedenen partnerschaftlich gelebten Lebensmodellen in unserer von Diversität geprägten Gesellschaft steuerlich gerecht und fördert damit die Gleichstellung.

### Gleichberechtigung vorantreiben

Die Individualbesteuerung setzt die richtigen steuerlichen Erwerbsanreize und hilft mit, den Fachkräftemangel zu beheben, indem insbesondere gut ausgebildete Frauen nicht länger vom Arbeitsmarkt abgehalten werden.



Start Unterschriftensammlung: 09. März 2021

Pressekonferenz 08. März 2021, 11.00 Uhr  
live auf Youtube Individualbesteuerung Schweiz

### Jetzt:

- Unterstützungsformular ausfüllen
- Unterstützungskomitee beitreten
- Vereinsmitglied werden
- Spenden

[www.individualbesteuerung.ch/unterstuetzen](http://www.individualbesteuerung.ch/unterstuetzen)

Jetzt mit TWINT  
spenden!

QR-Code mit der  
TWINT App scannen  
Betrag und Spende  
bestätigen





# Unterschriftenjagd am Zürichsee

FDP Stäfa sammelt 200 Signaturen in kurzer Zeit

Damit die Renteninitiative das Sammelziel von 100 000 Unterschriften erreicht, braucht es auch die Mithilfe der Ortsparteien. In Stäfa haben sich Ortsparteipräsidentin Ursula Tschanz und ihre Mitstreiter mit Erfolg auf die Strasse gewagt.

Die Renteninitiative, die von den Jungfreisinnigen initiiert wurde, hat in den letzten Wochen stark an Fahrt gewonnen. Mittlerweile sind rund 65 000 Unterschriften gesammelt worden und das Ziel rückt näher. Neben den Sektionen der Jungfreisinnigen zählen die Initianten auch auf das Engagement der Ortsparteien. Diese können sich von den Kantonssektionen oder vom Initiativkomitee instruieren lassen und unkompliziert loslegen. Ein gutes Beispiel dafür ist die FDP Stäfa. Die Ortspartei vom Zürichsee ging im Januar und im Februar zweimal auf die Strasse und sammelte erfolgreich Unterschriften. Für die Ortspartei sei dies eine tolle Erfahrung gewesen, sagt Präsidentin Ursula Tschanz: «Dank der Organisation unserer Aktuarin Corina Bubb waren wir mit Stellwänden, Tischen und Unterlagen ausgerüstet. Zusammen mit dem guten Standort beim Eingang eines Detailhändlers hatten wir optimale Voraussetzungen.»

### Pandemie ist kein Hinderungsgrund

Die Mitglieder der FDP Stäfa, die im Einsatz standen, machten aus der Unterschriftensammlung einen internen Wettbewerb und liessen niemanden

ohne direkte Ansprache passieren. «Es braucht einen gewissen Sportsgeist, damit die Zeit gut genutzt wird und die Leute tatsächlich unterschreiben», erzählt Tschanz. Bis die Stäfnerinnen und Stäfner tatsächlich unterschrieben, war teilweise einiges an Überzeugungsarbeit nötig. Tschanz und ihre Mitstreiter erklärten die Stossrichtung der Renteninitiative und weshalb so viel Handlungsbedarf herrscht. «Viele Passanten schätzten den Austausch sehr und wir wurden auch für unsere Präsenz gelobt. Insbesondere die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau stiess auf Interesse», so Tschanz. Die Reaktionen hätten gezeigt, dass eine Unterschriftensammlung nicht nur der Initiative hilft, sondern auch der Partei Sichtbarkeit verschafft. «Für den Erfolg müssen sich die Freisinnigen auf die Strasse begeben, den Dialog suchen und Engagement zeigen», lautet die Bilanz der Ortsparteipräsidentin. Auch Corona sei nicht zwingend ein Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Unterschriftensammlung, ist Tschanz überzeugt: «Die Leute kamen teils mehrmals vorbei und freuten sich, über ein anderes Thema zu sprechen und sind hungrig nach Gesprächen und



Ursula Tschanz initiierte die Unterschriftensammlung.

Informationen. Selbstverständlich muss man sich seriös vorbereiten und alle Schutzmassnahmen einhalten.»

### Passende Argumente vorbringen

In Stäfa konnten Tschanz und ihr Team eher ältere Personen für das Thema Altersvorsorge sensibilisieren. Das sei etwas enttäuschend gewesen, schliesslich sind ja gerade Junge von einer überschuldeten AHV stark bedroht. Die Erfahrung auf der Strasse habe auch gezeigt, dass man je nach Ansprechperson andere Argumente in den Vordergrund stellen muss. «Einigen sieht man schon an, ob sie eher auf finanzpolitische oder sozialpolitische Argumente ansprechen, und meistens stiessen wir damit auf Interesse», erzählt Tschanz lachend. Die FDP Stäfa hat an ihrem Engagement Gefallen gefunden und wird sicher auch am 27. März wieder Unterschriften für die Renteninitiative sammeln. Präsidentin Ursula Tschanz kann die Erfahrung anderen Sektionen deshalb nur weiterempfehlen und appelliert an die Ortsparteien: «Nutzt diese Chance. Der Aufwand ist gering, es fördert den Zusammenhalt in der Partei und macht erst noch Spass.»

Marco Wölfli

### Darum geht's bei der Renteninitiative

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen will die Altersvorsorge nachhaltig finanzieren. Dafür sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. Gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüpfung des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie z. B. bei der Mehrwertsteuer.



Im Stockalperpalast tagt die Stadtregierung von Brig.



# Freisinniger Schlossherr in Brig-Glis

Mathias Bellwald ist neuer Stadtpräsident

Der Bauunternehmer Mathias Bellwald ist der zweite FDP-Stadtpräsident in der Geschichte des Oberwalliser Zentrums. Nach einem intensiven Wahlkampf will Bellwald die gute Finanzlage bewahren und Brig-Glis mit einem neuen Bahnhofplatz samt neuem Quartier einen Schub verleihen.

Der Stockalperpalast ist das auffälligste Wahrzeichen von Brig-Glis. Das Schloss, das einst vom einflussreichen Unternehmer Kaspar Stockalper vom Thurm errichtet wurde, dient unter anderem als Rathaus der Stadt Brig-Glis. Seit Anfang Jahr ist Mathias Bellwald neuer «Schlossherr» im Stockalperpalast. Der Freisinnige wurde letzten Herbst von der Bevölkerung (Brig, Glis, Gamsen, Brigerbad) zum neuen Stadtpräsidenten gewählt. Nachdem Bellwald die letzten sechs Jahre als Stadtrat (Exekutive) amtierte und dabei die Ressorts Alter, Gesundheit, Soziales sowie Infrastruktur führte, war die Zeit reif für die Kandidatur als Stadtpräsident. «Es war der richtige Zeitpunkt», sagt Bellwald. «Der bisherige Stadtpräsident Louis Ursprung trat nicht mehr an, und in den Stadtratswahlen holte ich das beste Ergebnis aller Kandidierenden.» Dadurch sah sich Bellwald genügend getragen durch die Bevölkerung und setzte sich in zwei Wahlgängen durch. Zuletzt in einer Stichwahl gegen CSP-Kandidat Patrick Amoos. Somit erstreckte sich für Bellwald der gesamte Wahlkampf über vier Monate. Das sei eine schöne, aber intensive Zeit gewesen, meint er. Ein Lob spricht er seinen Konkurrenten aus: «Der Wahlkampf verlief äusserst fair. Das habe ich geschätzt.»

## Zahlreiche Glückwünsche

Aufgrund der Pandemie-Situation fielen grössere Veranstaltungen weg. Der Wahlkampf beschränkte sich auf Begegnungen auf der Strasse und im digitalen Raum. Bellwald betont aber auch, dass der Leistungsausweis entscheidend sei. Wer in den Jahren zuvor nicht gut gearbeitet habe, könne das nicht in wenigen Wochen Wahlkampf kompensieren. Eine erfreuliche Folge der Wahl waren die zahlreichen Gratulationen, die Bellwald in diesem Ausmass nicht erwartet hatte. «Das grosse Echo hat mich wirklich überrascht. Es gab auch Glückwünsche der Stadtpräsidenten von Bern und Domodossola und viele weitere.» Dass im Oberwallis, wo CVP, SVP CSP die Politlandschaft dominieren, ein FDP-Kandidat ein derart gutes Resultat erreicht, ist nicht selbstverständlich. Bellwald ist der zweite freisinnige Stadtpräsident in der Geschichte von Brig-Glis. Der andere war Peter Planche, der das Amt von 1996 bis 2000 innehatte. Mit ihm hat sich Bellwald bereits ausgetauscht. «Er riet mir, mich auf den gesunden Menschenverstand zu verlassen.» Zu hoffen ist, dass sich das gute Ergebnis des FDP-Kandidaten Bellwald auch bei den kantonalen Wahlen am 7. März positiv auswirkt.

## Bellwald bleibt dem Bau treu

Seit Bellwald sein Amt zu Jahresbeginn angetreten hat, fanden bereits einige Sitzungen des Stadtrats statt. Aufgrund von Corona kam der politische Betrieb erst langsam in die Gänge. Den Stadtpräsidenten stört das nicht: «Ich konnte mir einen Gesamtüberblick verschaffen, da ich als Präsident nun auch das grosse Ganze im Blick haben muss.» Daneben ist er neu auch für die Stadtfinanzen verantwortlich. Aufgrund der guten Finanzlage Brig-Glis eine nur vermeintlich einfache Aufgabe. «Unsere erfreuliche finanzielle Situation weckt natürlich Begehrlichkeiten und es muss genau geprüft werden, dass das Geld sinnvoll investiert wird», betont Bellwald.



Mathias Bellwald verfügt in Brig über viel Rückhalt.

Für das Amt des Stadtpräsidenten ist in Brig-Glis ein Pensum von 50 Prozent vorgesehen. Bellwald wird also weiterhin teilweise im familieneigenen Bauunternehmen tätig sein, wobei der Inhaber einige Aufgaben bereits abgegeben hat. Die Erfahrungen aus der Baubranche seien nur beschränkt auf die Politik übertragbar, sagt er: «Auf dem Bau wird entschieden, dann wird gemacht. In der Politik müssen mehr Interessen berücksichtigt werden. Nichtsdestotrotz bin ich überzeugt, dass der Gemeinde die Unternehmer-Sicht guttut.» Bellwalds Expertise als Bauunternehmer könnte auch bei einem der grössten Geschäfte nützlich sein, die dieses Jahr anstehen. Die Sanierung des Bahnhofplatzes sowie die Planung des neuen Quartiers Bahnhof West, das dem Volk vorgelegt wird. Daneben ist Bellwald auf den Austausch mit den vielen Bildungsinstitutionen, die in Brig-Glis angesiedelt sind, gespannt, darunter die Fernfachhochschule Schweiz oder das Leistungssportzentrum NLZ am Kollegium Spiritus Sanctus. «Neue Begegnungen, auch mit Bereichen, die ich vorher nicht kannte, sind sicher ein spannender Teil meines neuen Amtes», freut sich Bellwald auf künftige Begegnungen, die hoffentlich bald wieder möglich sind.

Marco Wölfli



# Weg zurück zur Normalität

Frühlingssession vom 1. bis 19. März

Die Frühlingssession scheint, zumindest was die traktandierten Geschäfte anbelangt, ein Schritt zurück zur Normalität zu sein. Auch wenn es diese Session einige Corona-bedingte Vorlagen zu beraten gilt, liegt der Fokus wieder stärker auf den restlichen politischen Brennpunkten – ein gutes Zeichen.

Nun bereits ziemlich genau seit einem Jahr hat uns die Corona-Krise fest im Griff und es scheint kaum ein Ende zu nehmen. Auch wenn mit der gestarteten Impfkampagne ein Ausweg absehbar ist, ist unser Alltag weiterhin stark eingeschränkt und es fühlt sich alles andere als normal an. Schaut man sich jedoch an, was uns in der kommenden Frühlingssession erwartet, sieht man Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück zur Normalität zeigt sich u. a. bei der Traktandierung vieler Volksinitiativen wie der Justizinitiative, der Initiative für das Verbot von Tabakwerbung oder die 99%-Initiative der Juso, die viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Inhaltlich gibt es aber noch einige andere Schwerpunkte, die für die FDP von grosser Relevanz sind:

### Vorsorge

Nach der zweimaligen Verschiebung der Beratung der AHV 21 in der Herbst- und Wintersession 2020 steht der Erstberatung im Ständerat in der Früh-

lingssession hoffentlich nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenerhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemachen.

### Transparenz

Der Ständerat hat in der Wintersession den Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative aus seiner Staatspolitischen Kommission verabschiedet. Auf Antrag der FDP (SR Müller) wurden die Offenlegungspflichten für Kampagnenkomitees verschärft. Im Gegensatz zu den Initianten der Trans-

parenzinitiative, die vor allem die politischen Parteien und die grossen Komitees (der Wirtschaft) treffen wollen, will die FDP für gleich lange Spiesse unter allen politischen Akteuren sorgen. Im Nationalrat wird es nun darum gehen, diesen Erfolg zu wiederholen und mit einigen Präzisierungen z. B. bei der Offenlegung von Mandatsabgaben eine Mehrheit zu erreichen. Zumindest die Beschlüsse aus der vorberatenden Kommission stimmen optimistisch.

### Agrarpolitik

In beiden Räten wird es in der Frühlingssession zu wichtigen Beschlüssen zur Zukunft der Agrarpolitik kommen. Im Nationalrat ist die AP 22+ traktandiert, die die zukünftige Strategie in der Agrarpolitik definieren soll. Nachdem der Ständerat im Winter die Sistierung beschlossen hat, muss sich nun die grosse Kammer zur gleichen Frage positionieren. Im Ständerat liegt der Fokus auf dem informellen Gegenvorschlag zu den beiden Agrarinitiativen (Trinkwasser, Pestizidverbot). Bei der Differenzbereinigung stehen vor allem die Offenlegungspflicht bei Dünger und Futtermittel sowie der Schutz der Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen im Fokus. Die Vorlage ist speziell mit Blick auf die Volksabstimmungen zu den beiden Agrarinitiativen im Sommer 2021 von grosser Relevanz.

### Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH





# Für eine liberale Stadtpolitik

FDP Urban will 2021 Netzwerk vergrössern

Die Berner haben gerufen, und viele sind gekommen. Letzten Herbst führte FDP Urban im Raiffeisenforum Bern, in unmittelbarer Nähe zum Bundeshaus, den Parlamentarieranlass 2020 durch. Die verschiedenen Referenten zeigten auf, welche Herausforderungen sich in den Städten der Zukunft stellen.

Das Auftaktreferat von Paul Schneeberger vom Schweizerischen Städteverband zum Thema «Wie verändert das Coronavirus die Mobilität?» führte zu einer regen Diskussion unter den liberalen städtischen Politikerinnen und Politikern aus der ganzen Schweiz. Gemäss Schneeberger braucht es vermehrt umfassende Mobilitätskonzepte. Die Heimarbeit dürfte in der Dienstleistungsindustrie von der Ausnahme zur Regel werden, und obwohl der kollektive Verkehr das Rückgrat in den Metropolenräumen bleiben wird, ist die Zukunft der übrigen Mobilitätsgrundversorgung völlig offen. Schneeberger plädierte dafür, die Vergangenheit nicht einfach fortzuschreiben, sondern in Szenarien zu denken und Experimente und Reallabors zu wagen. Wir müssen uns politisch in den Städten auf weitere «Umverkehrsinitiativen» («Bäume statt Asphalt») einstellen, die eine gute Erfolgchance haben dürften. Elisabeth Glas (Zug) und Andreas Zappalà (Basel) ergänzten die Ausführungen zur Mobilität mit Gedanken zu einem «Post-Corona-

Stadtmodell» zum Wohnen in der Stadt nach der Pandemie.

## Referat zu 5G

Stefan Kilchenmann, Leiter Public Affairs Swisscom, führte unter dem Titel «Konnektivität» in die Diskussion um 5G als Telekommunikationsstandard der Zukunft ein und beleuchtete die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen. Zu 5G hat die FDP Urban-Arbeitsgruppe «Smartest Stadtleben» unter der Leitung von Elisabeth Schoch (Zürich) mehrere parlamentarische Vorstösse ausgearbeitet, die schweizweit in die politische Diskussion eingebracht werden sollen. Es geht um die Förderung des 5G-Ausbaus, die Aufklärung der Bevölkerung über die Chancen und Risiken der neuen 5G-Technologie und die Forcierung kantonaler Anstrengungen rund um diese neue Technologie.

Im dritten Teil referierten Raphael Tobler, CEO der Eduwo und Präsident der Swiss Startup Asso-

Noch vor den verschärften Corona-Massnahmen trafen sich Vertreter von FDP Urban in Bern.

ciation, und Urs Hofer (Winterthur) über die Standortförderung der Zukunft. Die von Urs Hofer in Winterthur lancierte und vorgestellte Idee eines Start-up-Fonds wurde rege und kontrovers diskutiert, namentlich zur Rolle des Staates. Auch hierzu wurde ein parlamentarischer Vorstoss vorbereitet.

## FDP Urban-Netzwerk soll wachsen

Der Anlass machte deutlich, wie wichtig überregionale Diskussionen unter den FDP-Stadtvertreterinnen und -vertretern sind und welchen Nutzen wir gegenseitig aus unseren Erfahrungen ziehen können. FDP Urban spielt diesbezüglich eine wichtige Scharnierrolle zwischen den politischen Akteuren in den grossen Schweizer Städten.

Für das Jahr 2021 haben sich die Mitglieder von FDP Urban zum Ziel gesetzt, die Vernetzung zwischen den grössten Schweizer Städten weiter zu fördern – mittels gemeinsamer Vorstösse, der Weiterentwicklung der Kernthemen und der Organisation von Anlässen. Zudem soll die Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz intensiviert und das FDP Urban-Netzwerk durch weitere Städte ergänzt werden – insbesondere Richtung Romandie.

**Roger Dornier und Raphaël Karlen**  
Leitungsgremium FDP Urban

## Über FDP Urban

Auch in den Städten muss nicht alles reglementiert, kontrolliert und staatlich angeleitet sein. Gefordert sind private Initiative, unternehmerisches Handeln, Freiräume für den Einzelnen, die Familien, die Unternehmen in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung. Damit schaffen wir lebenswerte und leistungsfähige Städte. Um diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern, haben die FDP-Stadtparteien der grössten Städte der Schweiz FDP Urban gegründet. Mitwirkung ist für alle Interessierten möglich in unseren Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: «Mobilität der Zukunft», «Urbanes Wohnen», «Kreativ-Produktive Stadt» und «Smartest Stadtleben».

[www.fdp-urban.ch](http://www.fdp-urban.ch)



# Ja zu Freihandel und Nachhaltigkeit

## Vorteilhaftes Freihandelsabkommen mit Indonesien

Am 7. März entscheidet die Schweizer Stimmbevölkerung erstmals über ein Freihandelsabkommen. Das vorliegende Wirtschaftspartnerabkommen der EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein) mit Indonesien ist das Resultat erfolgreicher Verhandlungen, die massgeblich durch unseren früheren Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann geprägt wurden. Es beinhaltet erstmals Nachhaltigkeitsziele und setzt einen neuen Nachhaltigkeitsstandard für den internationalen Handel.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien bedeutet ein Meilenstein in der Geschichte des internationalen Freihandels. Es ist ein umfassendes Wirtschaftspartnerabkommen, das nicht nur die Zölle senkt, sondern auch Bestimmungen zu technischen Handelshemmnissen, Dienstleistungen, gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Massnahmen, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen, zum Handel mit Dienstleistungen, dem Schutz des geistigen Eigentums sowie zur Streit-schlichtung beinhaltet. Wegweisend sind die darin enthaltenen Nachhaltigkeitsbestimmungen zum Palmöl.

Noch in den letzten Amtstagen als Wirtschaftsminister ist unser damaliger Bundesrat Johann Schneider-Ammann persönlich nach Jakarta gereist, um dieses Freihandelsabkommen erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Weder die EU noch die USA kennen ein Freihandelsabkommen mit einem der grössten aufstrebenden Länder Südostasiens. Für die EFTA-Staaten inklusive der Schweiz bedeutet dieses Abkommen denn auch einen grossen Fortschritt in ihrer Aussenhandelspolitik: verbesserter Marktzugang für Waren und Dienstleistungen sowie Rechtssicherheit. Unter dem Strich dürfte für die Schweiz – neben allen anderen Vorteilen – eine Einsparung von rund 25 Millionen Franken Zollgebühren resultieren.

### Bereinigung der Hauptkritikpunkte

Durch eine neue Regelung ist es von nun an möglich, gegen Standardfreihandelsabkommen ein Referendum zu lancieren. Dieses wurde von einem Bürgerkomitee ergriffen und von einigen NGO und protektionistischen bäuerlichen Kreisen unter-

stützt. Im Zentrum ihrer Kritik steht die Palmölproduktion. Indonesien ist zurzeit der grösste Produzent von Palmöl weltweit. Um zu vermeiden, dass billig und nicht nachhaltig hergestelltes Palmöl in die Schweiz importiert wird, wurden erstmals in einem Standardfreihandelsabkommen völkerrechtlich verbindliche Nachhaltigkeitsziele und -bestimmungen festgelegt. Die griffigen Ausführungsbestimmungen in der entsprechenden Verordnung liessen nun auch linke Kreise ihre zunächst ablehnende Haltung neu definieren, denn sie haben erkannt, dass dieses Abkommen den einen neuen «Goldstandard» für den weltweit nachhaltigen Handel bilden kann und soll. Die Kritik von bäuerlicher Seite, dass der erleichterte Import von Palmöl einen negativen Einfluss auf die einheimischen Ölsaatenproduktion haben könnte, wurde ebenfalls in den Verhandlungen aufgenommen und mit einer Kontingentierung beantwortet. Das Abkommen führt aufgrund der Nachhaltigkeitskapitel und der Kontingentierung von Palmöl zu keiner Konkurrenz für die Schweizer Rapsölproduktion. Auch die Tatsache, dass diverse NGO in Indonesien und auch Public Eye in der Schweiz das Referendum nicht unterstützen, sagt viel über die hohe Qualität des Abkommens aus.

### Potenzial nutzen, Impulse setzen

Laut Prognosen könnte Indonesien bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt anwachsen. Das Land ist dank seinen zirka 267 Millionen Einwohnern, politischer Stabilität und grossem Investitionsbedarf bei den Infrastrukturen schon heute für viele Schweizer Exporteure wichtig. 2019 wurden Waren im Wert von fast einer halben Milliarde Franken aus der Schweiz nach Indonesien exportiert. Das Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft. Investitionsbedarf besteht weiterhin. Durch das Freihandelsabkommen wird die rechtliche Grundlage für einen erleichterten Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte gelegt. Mehr internationaler Handel bringt der Schweiz Vorteile. Gerade jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die von Corona gebeutelte Wirtschaft neue Impulse zu erzeugen, Chancen zu nutzen und positive Perspektiven zu erzeugen. Das Abkommen verbessert die Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit für Schweizer Firmen, was die Investitionen weiter ankurbeln und zahlreiche neue Arbeitsplätze, verbunden mit entsprechenden Ausbildungsperspektiven und guten Anstellungsbedingungen, generieren wird.

Das Wirtschaftsabkommen mit Indonesien vereint ökonomische Vorteile auf beiden Seiten, beruhend auf ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Mit allem gesunden Menschenverstand können wir dazu am 7. März einfach Ja stimmen.

**Christa Markwalder, Nationalrätin BE,  
Mitglied Aussenpolitische Kommission**



Auch ein Halloween-Kostüm könnte unter das Verhüllungsverbot fallen.

(Bild: iStock/SeventyFour)



## Nutzlos, illiberal und zentralistisch

Nein zu einem schädlichen Verhüllungsverbot

Obwohl es in der Schweiz null Burkaträgerinnen und keine Probleme mit den marginal wenigen Niqabträgerinnen gibt, will eine Initiative ein nationales Verbot erzwingen. Die FDP lehnt diese heuchlerische Initiative, die gegen alle liberalen Grundsätze verstösst und vielfältige Einschränkungen bringt, vehement ab.

Die Verhüllungsverbot-Initiative zielt darauf ab, jegliche Verhüllung des Gesichts an öffentlichen Orten zu verbieten – sei es durch das Tragen einer Kapuze oder eines Schleiers, wie die Burka oder den Niqab. Die FDP ist klar gegen die Initiative, denn Kleiderverbote gehören nicht in die Verfassung. Das Verhüllungsverbot gibt vor, ein Problem zu lösen, das gar nicht existiert. Schliesslich sind die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz Touristinnen, leidtragend wäre also auch der Tourismus-Sektor. Die Initiative schadet jedoch nicht nur dem Tourismus, sondern auch dem Religionsfrieden. Die Initianten verfolgen dabei eine Strategie der Ausgrenzung unter dem Vorwand der Gleichstellung der Frauen und der Sicherheit. Deshalb empfiehlt auch der Bundesrat zusammen mit dem National- und Ständerat, die Volksinitiative abzulehnen.

### Keine Kleidervorschriften in der Verfassung

Die alten Zeiten von rigiden staatlichen Kleidervorschriften namentlich für Frauen sind zum Glück vorbei. Hält man den liberalen Grundgedanken

hoch, sollen sich sowohl Schweizerinnen und Schweizer als auch Touristinnen und Touristen so kleiden, wie sie das für angemessen halten.

Die Initiative des nicht besonders frauenfreundlichen Egerkinger Komitees versucht auf heuchlerischem Weg, ein Verhüllungsverbot durchzubringen, und gibt dabei vor, Frauen schützen zu wollen. Das bestehende Recht erlaubt es jedoch bereits heute einzugreifen, wenn jemand gezwungen wird, einen Schleier zu tragen. Ein weitergehendes Verhüllungsverbot führt kaum dazu, dass Frauen vom Tragen der Burka oder des Niqabs befreit werden, sondern, dass diese allenfalls daran gehindert werden, ihr Haus zu verlassen. Zudem: Die einzige Studie zum Thema belegt, dass die wenigen Schweizer Niqabträgerinnen dies freiwillig – oft gegen den Willen ihrer Familie tun, ähnlich wie z. B. Punks.

Hinzu kommt: Der schludrig formulierte Initiativtext verbietet nicht nur Niqabs und Vermummung, sondern auch Verkleidung zu Marketingzwecken oder zu Halloween, ja sogar Sportmasken!

### Angriff auf den Religionsfrieden

Mit der Vorlage wird bewusst Unmut gegenüber dem Islam gestreut. Es wird ein Problem kreiert, das sich angesichts der verschwindend geringen Zahl betroffener Personen gar nicht stellt. In der Schweiz leben zurzeit 360 000 Muslime und Muslime. Es gibt keine Burkaträgerinnen und zirka 20 bis 35 Niqabträgerinnen. Diese Anzahl ist konstant, somit findet keine, von den Initianten proklamierte, «Islamismuswelle» statt.

Die Initiative gibt weiter vor, die Integration zu fördern, dabei fördert sie nur die Ausgrenzung von bereits hier lebenden Frauen. Die geltende Gesetzgebung sieht zudem bereits heute klare Regelungen vor, wenn sich Personen in der Schweiz bewusst nicht in den Arbeitsmarkt oder die Gesellschaft integrieren wollen, beispielsweise die Verweigerung von Arbeitslosengeld oder Einbürgerung.

### Sicherheit wird bereits gewährleistet

Die Angst eines terroristischen Anschlags durch Burkaträgerinnen ist absurd. Es gibt genau null bekannte Fälle von Straftaten durch auffällig verhüllte Frauen in der Schweiz, aber unzählige durch Menschen in unauffälligen Zivilkleidern.

Jeder Kanton kann und soll selbst entscheiden, welche Regeln er in seinem öffentlichen Raum einführen möchte. Die Kantone sollen auch künftig selbst entscheiden können, ob sie ein Verhüllungsverbot wollen oder nicht. Die Kantone St. Gallen und Tessin kennen bereits heute Verhüllungsverbote. Im Kanton Glarus wurde eine ähnliche Vorlage an der Landsgemeinde abgelehnt, ebenso in den Kantonsparlamenten der Kantone Zürich, Solothurn, Schwyz und Basel-Stadt. Ähnlich bei Vermummungsverboten bei Demonstrationen, die viele Kantone kennen, ebenso viele aber bewusst nicht. Diese Initiative greift ohne jegliche Begründung in die kantonale Souveränität ein.

### Konstruktiver Gegenvorschlag

Die FDP lehnt die Initiative klar ab, unterstützt jedoch den Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur Initiative in Kraft tritt. Mit ihm wird auf Gesetzesstufe festgelegt, dass alle Personen ihr Gesicht zeigen müssen, wo der Bund sie identifizieren muss, beispielsweise am Zoll oder im ÖV. Wer sich bei einer wiederholten Aufforderung widersetzt, wird mit einer Busse bestraft, und die entsprechende Leistung wird verweigert. Der Gegenvorschlag schränkt die Autonomie der Kantone jedoch nicht ein. Somit würde die Initiative im besten Fall nichts bewirken und im schlechtesten Fall den Religionsfrieden gefährden, dem Tourismus schaden und die liberale Tradition der Schweiz untergraben.

Andrea Caroni, Ständerat AR

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungsvorlagen vertreten.



# «Datenschutz macht einen Schritt vorwärts»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zur E-ID ein

Am 7. März stimmt die Schweiz über die Einführung einer E-ID ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt im Interview, warum rein staatliche Lösungen nicht sinnvoll sind, was mit persönlichen Daten passiert und wo sich die E-ID nutzen lässt.

**Wofür braucht es eine E-ID?** Eine staatlich anerkannte, elektronische Identität ist die Basis für die weitere Digitalisierung in der Schweiz. Die E-ID wird es erlauben, uns einfach, sicher und praktisch im Internet anzumelden. Heute ist oft nicht klar, was mit unseren Daten passiert. Deshalb schaffen wir mit der E-ID erstmals ein gesetzlich geregeltes Login. Nach Schweizer Recht und mit einem starken Datenschutz. Das ist eine Chance

für die Schweiz, sonst galoppieren uns Apple und Co. mit ihren eigenen IDs davon. Keine davon ist heute gesetzlich geregelt.

**Die Gegner kritisieren die Beteiligung privater Firmen. Wieso setzt der Bundesrat auf dieses Modell?**

In unserem Modell tut der Bund das, was nur der Bund tun kann: Er übernimmt die hoheitlichen Aufgaben, indem er die Identität der einzelnen Per-

sonen überprüft. Ausserdem ist er zuständig für die Prüfung, Anerkennung und Kontrolle der Anbieterinnen. Die technische Umsetzung hingegen, das können auch Private, Kantone oder Gemeinden. Die Erfahrungen im Ausland waren zudem ernüchternd. Die Bevölkerung akzeptierte die rein staatlichen Lösungen nicht, weil sie zu kompliziert waren. In Deutschland beispielsweise benutzen nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung die E-ID. Deshalb setzen Bundesrat und Parlament jetzt auf ein zukunftsorientiertes Modell mit einer klaren Aufgabenteilung.

**Deutschland, Österreich oder UK setzen bereits auf eine E-ID. Ist der Einsatz einer E-ID so unsicher, dass die Schweiz erst jetzt eine E-ID einführen will?**



Mit Sicherheit hat das nichts zu tun. Auch in der Schweiz haben die Arbeiten an der E-ID schon vor etwa 20 Jahren begonnen. Der Bund hat verschiedene Varianten sorgfältig geprüft. Heute haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Dieser berücksichtigt die Sicherheit, den Datenschutz und die Anwenderfreundlichkeit gleichermaßen. Und wir haben eine gute Balance zwischen öffentlichen und privaten Stellen gefunden. Ein guter Kompromiss braucht Zeit. Mit dem E-ID-Gesetz haben wir ihn.

**Welche Unternehmen kommen für die Herausgabe der E-ID in Frage?** Wir wissen vom Kanton Schaffhausen und bereits von fünf Unternehmen, dass sie sich als Anbieterinnen anerkennen lassen wollen. Es wird also einen Wettbewerb geben. Die besten technologischen Lösungen werden sich durchsetzen. Das begrüsse ich. Wettbewerb verspricht moderne und zukunftsweisende Lösungen für die Kunden und die Unternehmen.

**Von linker Seite wird moniert, dass der Datenschutz nicht gewährleistet werden könne. Wie entgegnen Sie diesem Vorwurf?** Mit dem neuen Gesetz machen wir sogar einen Schritt vorwärts. Heute wissen wir nicht, was mit den Daten passiert, wenn wir uns im Internet anmelden, zum Beispiel mit Google, Apple oder Facebook. Mit dem E-ID-Gesetz legen wir erstmals gesetzliche Regeln fest. Der Datenschutz ist dabei strenger als sonst: Daten dürfen immer nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der E-ID-Nutzerinnen weitergegeben werden. Ausserdem gibt es eine klare Trennung der verschiedenen Daten: Die Personendaten, die zur Identifikation einer Person dienen, und die Nutzungsdaten der E-ID müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden. So wird verhindert, dass Nutzerprofile erstellt werden können. Solche sind auch verboten. Die Daten müssen zudem in der Schweiz bleiben, deshalb steht übrigens auch der eidgenössische Datenschutzler hinter dem neuen Gesetz.

**Wie wird sichergestellt, dass Private diese Daten nicht irgendwann verwenden?** Auch das ist im Gesetz klar geregelt, das dürfen sie nicht. Zudem werden alle Anbieterinnen durch eine neue, unabhängige Kommission beaufsichtigt und kontrolliert. Bei einem Fehlverhalten kann einer Anbieterin die Anerkennung entzogen werden.

**Was passiert, wenn beispielsweise ein beteiligtes Unternehmen aussteigt oder in Konkurs geht?** Daran hat der Gesetzgeber ebenfalls gedacht und vorgesorgt. So kann das E-ID-System von einer anderen anerkannten Anbieterin übernommen werden – aber nur, wenn die Inhaber der E-ID dem zustimmen. E-ID-Systeme sind zudem weder pfändbar, noch fallen sie in die Konkursmasse.

**Wo lässt sich die E-ID überall einsetzen – welcher konkrete Nutzen entsteht für Bürgerinnen und Bürger?** Bis jetzt müssen wir für viele Dienstleistungen unsere Identität umständlich nachweisen, zum Beispiel durch persönliches Erscheinen. Mit einer E-ID wäre dies nicht mehr nötig, das würde insbesondere das E-Government voranbringen. Ausserdem könnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals ein sicheres Login verwenden, das staatlich geregelt ist.

**Was geschieht bei einem Nein zur E-ID?** Wird die Vorlage am 7. März abgelehnt, gibt es keine staatlich anerkannte E-ID. Damit verschenken wir vor allem Zeit, denn das bedeutet konkret, dass wir weiterhin keinen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifizierungsverfahren haben. Die Schweiz würde bezüglich E-ID noch weiter in Rückstand geraten. Dass sich dereinst eine rein staatliche E-ID politisch durchsetzen könnte, bezweifle ich. Das Gesetz wäre ein sehr konkreter Fortschritt auf dem Weg der Digitalisierung.

**Wie sieht der Zeitplan bei einem Ja zur E-ID aus?** Der Bundesrat wird möglichst rasch die techni-

schen Verordnungen in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu würden wir die neue Aufsichtskommission aufbauen. Beides braucht aber Zeit, ich rechne damit, dass wir uns etwa in zwei Jahren mit der E-ID im Internet anmelden könnten.

**Sie haben jetzt einen Marathon an Abstimmungen hinter sich: Unternehmensverantwortungsinitiative, Kündigungsinitiative und das Schengen-Referendum. Jetzt stehen die E-ID und der Kampf gegen die Burkainitiative an. Woher nehmen Sie die Energie, sich jetzt zu 100 Prozent diesen Vorlagen zu widmen?** Es stimmt, auch 2021 wird ein intensives Jahr, es stehen auch nach dem 7. März weitere wichtige Abstimmungen an, z. B. die Abstimmung über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Kraft tanke ich bei Spaziergängen in der Natur oder bei der Lektüre eines guten Buches. Und überdies erfüllt und motiviert mich die Aufgabe als Bundesrätin.

**Interview: Marcel Schuler**



Die E-ID erleichtert die Identifikation im Internet.



# Nein zu Agrarinitiativen Ja zum Covid-19-Gesetz

Delegierte fassen Parolen an E-DV

An der digitalen DV Anfang Februar fassten die Delegierten drei Parolen und befanden über einen Antrag. So wurde das Covid-19-Gesetz angenommen und die «Trinkwasserinitiative» sowie die «Pestizidinitiative» abgelehnt. Der Antrag eines Delegierten, das Anti-Terror-Gesetz nicht nur mit den kantonalen Parteipräsidenten, sondern auch mit den Delegierten zu diskutieren, führte mit 177 Ja zu 177 Nein zu einer Patt-Situation. Um allen Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Thema zu äussern, wird die FDP eine ausserordentliche DV organisieren.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach zu den Delegierten.

(Bilder: Désirée Dittes)

Angesichts der Gesundheitssituation fand die erste Delegiertenversammlung des Jahres wiederum digital statt. Die Delegierten konnten die Debatten zu den traktandierten Vorlagen online verfolgen. Dabei haben sich auch die beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis geäussert. Die Justizministerin betonte die Wichtigkeit, für das E-ID-Gesetz zu stimmen. Bundesrat Cassis informierte über die Verhandlungen mit Europa und über die aktuelle Situation der Corona-Krise. Zudem wurde die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen vorgestellt.

### Klare Unterstützung für das Covid-19-Gesetz

Im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, erliess der Bundesrat mehrere Verordnungen als Reaktion auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Einige von ihnen, die auf der Grundlage der Verfassung und damit in ihrer Gültigkeit auf sechs Monate begrenzt waren, mussten verlängert werden. Mit dem Covid-19-Gesetz soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Bundesrat einen Teil der im Frühjahr 2020 getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verlängern kann. Sie regelt auch die Beihilfen an die Branchen und Arbeitnehmer, die von den vom Bundesrat auferlegten Beschränkungen am meisten betroffen sind. Die Delegierten haben mit deutlicher Mehrheit für dieses Gesetz gestimmt (310 Ja / 55 Nein / 13 Enthaltungen), das für das Krisenmanagement unerlässlich ist.

### Delegierten lehnen die Agrarinitiativen ab

Die Trinkwasserinitiative (202 Nein / 165 Ja / 11 Enthaltungen) und die Pestizid-Initiative (318 Nein / 52 Ja / 8 Enthaltungen) wurden beide abgelehnt. Diese beiden Initiativen sprechen wichtige Themen an, da die FDP den Einsatz von neuen Pflanzenschutzmitteln reduzieren möchte. Der Weg zum Ziel soll aber ein anderer sein. Beide Initiativen gehen aus der Sicht der FDP deutlich zu weit: Die Umsetzung dieser Initiativen würde nicht nur die Schweizer Landwirtschaft, sondern auch die nationale Lebensmittelversorgung gefährden. Die Delegierten wollen den bereits eingeschlagenen Weg über die laufenden Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung im Parlament beibehalten.

### Ausserordentliche DV für Anti-Terror-Gesetz

Am Freitag hat die Parteipräsidentenkonferenz die Ja-Parole zum neuen Anti-Terror-Gesetz beschlossen. Gemäss Statuten (Art. 16.2, Abs. 1) ist sie berechtigt, im Namen der Partei Stellung zu beziehen. Ein Antrag eines Delegierten, die Vorlage der DV vorzulegen, erzielte keine Mehrheit (177 Ja / 177 Nein / 25 Enthaltungen). Der Parteivorstand hat dennoch beschlossen, eine ausserordentliche DV durchzuführen, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Termin für die ausserordentliche DV steht noch nicht fest.

Karin Müller





Ständerat Damian Müller informierte über das Covid-19-Gesetz.



Nationalrätin Daniela Schneeberger referierte über die beiden Agrarinitiativen.



Nationalrat Philippe Nantermod moderierte die E-DV.



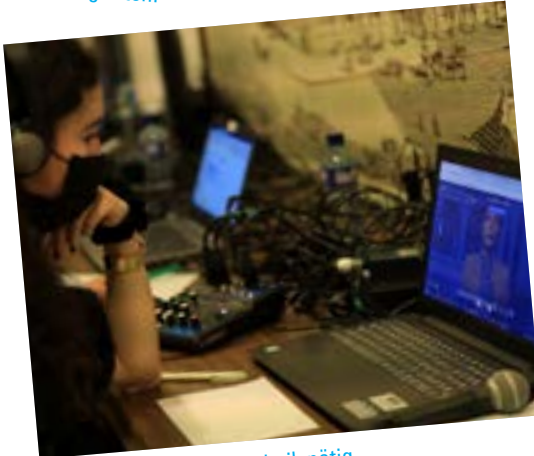
Parteipräsidentin Petra Gössi sprach zu den Delegierten.



Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Initiative zur Einführung der Individualsteuer.



Nationalrat Olivier Feller erklärte das Covid-19-Gesetz.



Für die E-DV war viel Technik nötig.



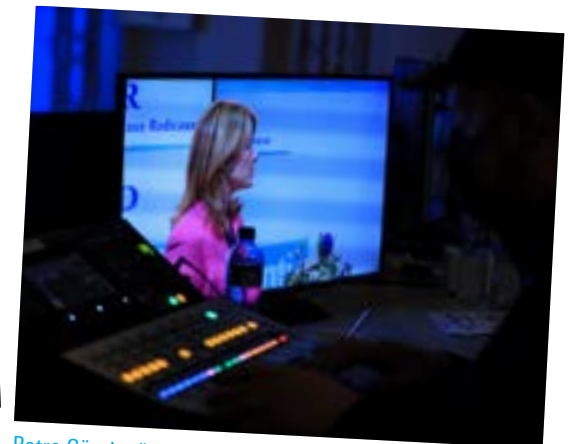
Nationalrat Jacques Bourgeois (links) und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy diskutierten über die Agrarinitiativen.



Bundesrat Ignazio Cassis ist bereit für seine Ansprache.



Kaffeepause für Daniela Schneeberger und Damian Müller.



Petra Gössi wünscht sich bald wieder eine physische DV.



# Freiheit liegt nicht im Auge des Betrachters

## Burka-Initiative auf dem Prüfstand

Mit der Volksinitiative der SVP zur Einführung eines Verhüllungsverbot es rollt ein weiterer Verfassungsartikel auf uns zu, welcher Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Ziel hat. Einmal mehr finden die Befürworter natürlich auch emotional gefärbte und hehre Ziele als Argumente, die Vorlage anzunehmen. Doch was ist an den Argumenten wirklich dran?

Wollen wir eine sichere Gesellschaft? Ja. Ich denke, dabei sind sich wohl Parteien aller Couleur einig. Wollen wir Gesichtshüllungen zur Identifikation vor Behörden oder an Demonstrationen untersagen? Klar, wieso nicht. Ist das Verhüllungsverbot aber notwendig, um dies zu erreichen? Ganz sicher nicht. Dies ist bereits heute mehrfach auf Gesetzesstufe normiert und würde durch den indirekten Gegenvorschlag zusätzlich verschärft. Auch wurde in der Schweiz noch nie ein terroristischer Anschlag verübt, bei welchem sich der Täter unter einer Burka versteckt hätte.

### «Klar definierte Ausnahmen»

Nicht vom Verhüllungsverbot betroffen seien beispielsweise Skimasken, Hygienemasken oder Faschnachtslarven. So grosszügig diese Ausnahmen auch tönen mögen, offenbaren sie doch eindeutig

und kaum widersprochen das wahre Ziel der Vorlage: Sie zielt einzig und allein auf das Verbot der Gesichtshüllungen im muslimischen Glauben. Und dabei stehen nicht die sicherheitspolitischen oder gleichstellungsproblematischen Interessen im Vordergrund, nein, die Vorlage will – wie wir dies auch schon von der Minarettinitiative kennen – der muslimischen Bevölkerung klarmachen, dass ihr Glaube in unserer Gesellschaft nichts verloren habe, und versucht, der «Islamisierung Europas» Einhalt zu gebieten. Es darf bezweifelt werden, dass diese Intention mit unseren Vorstellungen von Glaubensfreiheit und Toleranz in einer Gesellschaft vereinbar ist.

### «Freie Menschen zeigen ihr Gesicht»

Vorab nur mal dies: Mit einem Verbot hat noch niemand mehr Freiheit geschaffen. Das Argument,

Das Verhüllungsverbot würde in erster Linie Touristinnen treffen wie hier am Lac Léman bei Vevey.

man wolle die unterdrückte Frau unter einer Burka von dieser Unfreiheit erlösen, ist ebenso falsch wie überheblich. Weder kann ein Aussenstehender wissen, ob eine Person ein Kleidungsstück freiwillig trägt oder nicht, noch steht es einer freien Gesellschaft zu, darüber zu urteilen, ob jemand ein Kleidungsstück tragen darf. Die selbsternannten «Verteidiger der Freiheit» wollen mehr Freiheit schaffen, indem sie einer Person verbieten, sich nach ihrem Willen zu kleiden? Ist Freiheit nur, was die Verfassung als Freiheit definiert? Jeder Mensch sollte selber bestimmen dürfen, wie er oder sie sich kleidet. Denn nur dies ist die einzig wahre Freiheit der Selbstbestimmung. Anders als Schönheit, darf Freiheit nicht im Auge des Betrachters liegen.

### «Gleichstellung der Frau»

Mal abgesehen davon, wie anmassend es ist, als Gesellschaft darüber richten zu wollen, ob ein anderer Kulturkreis gute oder schlechte traditionelle Werte pflegt, welche sich in bestimmter Kleidung äussern können, gibt es nichts Kontraproduktiveres, als willkürlich durch Verbote in bestehende traditionelle Werte einzugreifen. Aufgabe der schweizerischen Gesellschaft ist es, die eigenen Werte der Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter hochzuhalten, die bereits heute illegale Nötigung konsequent strafrechtlich durchzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine Frau nicht unterdrückt wird – und dies mit allen Mitteln des Rechts. Eine Muslima vor die Wahl zwischen familiärer Verstossung bei Nichttragen der Gesichtshüllungen und illegalem Verhalten durch Tragen der Burka in der Öffentlichkeit zu stellen, treibt die Gleichstellung nicht voran, sondern verhindert sie nachhaltig.

Nur wenn wir unsere Freiheiten vorleben, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu kleiden und wie sie ihren Glauben zu leben haben, erreichen wir langfristig eine Gesellschaft, welche nach unseren Werten lebt. Eine Gesellschaft kann keine Toleranz von fremden Kulturen innerhalb der Geschlechter fordern, wenn sie selbst keine Toleranz gegenüber Andersgläubigen walten lässt.

### Philipp Eng

Kantonsratskandidat FDP Solothurn-Lebern  
Präsident Jungfreisinnige Kanton Solothurn



## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»**



JA

**Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID)**



JA

**Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien**

## AGENDA

**3. Juli 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

**28. August 2021**

Sternwanderung in Thun

**2. Oktober 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

### Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



**50 Jahre Frauenstimmrecht!**

**Freisinnige Frauen, die die Geschichte geprägt haben.**

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Dieses Datum stellt einen grossen Durchbruch in Bezug auf die Gleichberechtigung dar. Viele FDP Frauen haben unsere Partei 50 Jahre lang vertreten und tun es noch immer. Anlässlich dieses Jubiläums hebt die FDP einige der Pionierinnen hervor, die Geschichte geschrieben und die Politik der Schweiz geprägt haben. Die ersten Parlamentarierinnen, die erste Bundesrätin, die erste Präsidentin der FDP Schweiz und viele andere. Politisches Engagement kennt kein Geschlecht und wir freuen uns, dass sich täglich immer mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik engagieren! Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und erfahren Sie mehr über elf bemerkenswerte freisinnige Frauen.





A brown bear stands on its hind legs in a sunlit forest, hugging a tiger. The bear is on the left, and the tiger is on the right, with its head resting against the bear's face. The background is a dense forest with sunlight filtering through the trees.

# FDP

Die Liberalen

**Eine starke  
Partnerschaft  
für nachhaltigen  
Handel.**

**JA**

**zum Abkommen  
mit Indonesien**

[www.indonesien-ja.ch](http://www.indonesien-ja.ch)